

## Resolution

### **Delegierte des bvvp fordern auf ihrer Herbstdelegiertenversammlung: Psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen jetzt fördern**

Neuss, 30.09.2022. Die Delegiertenversammlung des Bundesverbands der Vertragspsychotherapeuten (bvvp e.V.) fordert am 30.09.2022 in einer Resolution von der Politik, mehr Ressourcen in die psychosozialen Angebote für Kinder und Jugendliche zu investieren und dadurch zur Generationengerechtigkeit beizutragen.

Kurz vor Ende der Maßnahmen des Aktionsprogramms „Aufholen nach Corona“ fordern die bvvp-Delegierten von den politisch Verantwortlichen, jetzt Anschlussangebote zu initiieren: Diese sind unverzüglich in die Wege zu leiten, damit ein lückenloser Übergang in das Jahr 2023 gelingen kann. Das Programm war von der Bundesregierung für die Jahre 2021/2022 aufgelegt worden. Kinder und Jugendliche sollten nach der Corona-Pandemie Versäumtes auf- und nachholen, bezogen auf den Lernstoff und ihr soziales Leben. Es ist bis zum Ende des Jahres 2022 terminiert.

Mehrere Studien haben erwiesen, dass erhöhte psychosoziale Belastungsfaktoren nach Ausbruch der Corona-Pandemie die psychische Gesundheit vieler Kinder beeinträchtigt und damit zu Einschränkungen in deren Lebensalltag geführt haben. Es darf nicht sein, dass eine Generation von Kindern und Jugendlichen, die auf viele wichtige Bestandteile einer gesunden psychosozialen Entwicklung verzichten mussten, nun im Stich gelassen werden. Sie haben massive Einschränkungen hinnehmen müssen, ihnen fehlten infolge des Lockdowns und der weiteren Einschränkungen zur Eindämmung der Pandemie Begegnungen mit anderen Kindern in Gruppenkontexten, Beziehungserfahrungen außerhalb des Elternhauses, gesicherte Tagesstrukturen und Unterstützung von geschultem Personal. All dies trug dazu bei, dass sich eine Vielzahl von Kindern und Jugendlichen nicht ihren Ressourcen entsprechend entwickeln konnte.

Die Delegierten fordern daher, umgehend bundesweit Maßnahmen in die Wege zu leiten, um diese entstandenen Defizite auszugleichen und entsprechende finanzielle Mittel für umfangreiche Folgeangebote zur Verfügung zu stellen. Diese Mittel dürfen jedoch vom Umfang her nicht abhängig von der Wirtschaftskraft einer Region bemessen werden, sonst ist zwangsläufig damit zu rechnen, dass Kinder und Jugendliche aus strukturschwachen Gebieten weiterhin und zunehmend benachteiligt werden. Zudem darf es nicht sein, so die Delegierten, dass sich die Höhe der Zuwendungen, die in Jugendhilfemaßnahmen fließen, nach der Höhe der Gewerbesteuererinnahmen in den jeweiligen Regionen richtet. Diese muss nach einem bundesweit einheitlichen Maßstab festgelegt werden.

Auch müssen umgehend weitere Mittel zur Verfügung gestellt werden, um eine bessere psychotherapeutische Versorgung von Kindern und Jugendlichen zu gewährleisten. Neben zusätzlichen Zulassungen von Vertragspsychotherapeut\*innen und psychotherapeutisch

tätigen Vertragsärzt\*innen für Kinder und Jugendliche sind auch in Erziehungsberatungsstellen niederschwellige Angebote zur psychotherapeutischen Beratung und Unterstützung zu etablieren. Auch müssen mehr präventive Maßnahmen für Kinder und Jugendliche geschaffen werden, um auf drohende Belastungen frühzeitig reagieren zu können. Die Delegierten betonen zudem, dass sich die Investitionen in Angebote für Kinder und Jugendliche auch volkswirtschaftlich positiv auswirken werden.

Der Bundesverband der Vertragspsychotherapeuten (bvvp) fordert die politisch Verantwortlichen in den Ministerien für Gesundheit, Soziales, Bildung, Familie und Integration auf, sich an einen Tisch zu setzen und sofort mit der Planung und Umsetzung eines umfassenden und auf langfristige Wirkung angelegten Förderprogramms für Kinder und Jugendliche zu beginnen.